

Bitte keine Staatswirtschaft!

Die Sehnsucht nach dem fürsorgenden Staat hat die Mitte der Gesellschaft erreicht. Das ist gefährlich, denn Wohlstand braucht **Eigeninitiative und Kreativität**. Ein Plädoyer

Von Uwe Schroeder-Wildberg

Vorstandsvorsitzender der MLP SE

Kaum jemand bezweifelt, dass Bund, Länder und Kommunen insgesamt schnell und beherzt auf die Corona-Krise reagiert haben. In rekordverdächtiger Zeit wurden atemberaubend große Rettungspakete geschnürt und Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, um die wirtschaftlichen Folgen des Lockdown zu mildern.

Auf die Fürsorge des Staates können sich die Deutschen verlassen. Das ist angesichts der Dimension der globalen Pandemie kurzfristig sicher richtig, auf längere Sicht aber nicht frei von Gefahren. Denn die Fürsorge fällt auf einen fruchtbaren Boden. Die Forderung, dass „der Staat“ immer stärker das Verhalten der Bürger und Unternehmen regulieren müsse, um übergeordnete Ziele wie Klimaschutz, Wohnraum oder die kaum definierte „soziale Gerechtigkeit“ zu fördern, hat in den vergangenen Jahren immer mehr Anhänger gewonnen. Rufe nach Diesel-Fahrverboten oder nach Vermögensabgaben für Wohlhabende, der Berliner Mietendeckel oder die Forderung nach einer neuen Staatsversicherung zur Altersvorsorge hatten schon in Vor-Corona-Zeiten vielfach die politische Debatte bestimmt. Die Sehnsucht nach einem Staat, der die Bürgerinnen und Bürger quasi von der Wiege bis zur Bahre begleitet und beschützt, hat längst die Mitte der Gesellschaft erreicht.

Je mehr in der Corona-Krise die Lenkungsbefugnisse des Staates zunehmen, desto mehr aber treten Marktmechanismen und das freie, selbstbestimmte Individuum in den Hintergrund. Dies mag für eine gewisse Zeit notwendig und vertretbar sein, taugt aber sicherlich nicht als Rezept für die Zukunft. Es wird also darauf ankommen, sich möglichst rasch auf marktwirtschaftliche Prinzipien zurückzubedenken, sobald die derzeit in hoher Dosis verabreichte Ad-hoc-Medizin des Staates ihre Wirkung entfaltet hat. Denn Eigeninitiative, Kreativität und Selbstverantwortung waren, sind und bleiben der Motor einer dynamischen, zukunftsfähigen Volkswirtschaft und sichern auf Basis eines verlässlichen Rechtssystems persönliche Freiheit. Die politischen Entscheidungsträger, die



Uwe Schroeder-Wildberg, 55, ist seit 16 Jahren Chef des Finanzdienstleisters MLP. Ab und an tritt der promovierte Betriebswirt auch als Sänger auf

derzeit noch damit beschäftigt sind, Rettungsschirme aufzuspannen, tun gut daran, dieses Signal frühzeitig und unmissverständlich zu senden.

Unternehmen und Unternehmer in Deutschland beweisen in diesen Tagen viel Einfallsreichtum. Modeunternehmen nähern Schutzbekleidung, Restaurants versorgen ihre Kunden mobil, Schreinerbetriebe stellen Schutzvorrichtungen für Ladentheken her, Finanzberatungen stellen komplett auf Videoberatung um. Es gibt viele, die nicht sofort nach dem Staat rufen, sondern versuchen, das Beste aus der Situation

zu machen. Und wie weit wären wir bei der Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen gegen Covid-19 ohne die unternehmerischen Initiativen rund um den Globus? Dass diesen Firmen von interessierter, meist ideologisch motivierter Seite bereits das Etikett der „Krisengewinnler“ angeklebt wird, zeigt, wie verquer die Dinge mitunter geraten sind.

Was für die Wirtschaft gilt, sollte auch im Privatleben beherzigt werden. Soforthilfe für Menschen, deren wirtschaftliche Existenz unverschuldet durch Corona gefährdet ist – selbstverständlich! Aber es ist ja kein Zufall, dass die Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens im Schatten des Virus die Chance sehen, ihr Vorhaben erneut in die Öffentlichkeit zu tragen. Der Ruf nach dem Helikopterstaat bleibt jedoch falsch. Eine wohlstandsmehrende soziale Marktwirtschaft kommt ohne Eigeninitiative und Risikobereitschaft nicht aus.

Vergessen wird dieser Tage zu oft, dass die Feuerkraft staatlicher Hilfsmaßnahmen zu einer gigantischen Neuverschuldung der öffentlichen Kassen führt, die die kommenden Generationen abbezahlen müssen. Wer also staatliche Fürsorge propagiert, dem sei die Erkenntnis von Finanzminister Olaf Scholz in Erinnerung gerufen. Der sagte vergangenes Jahr, lange vor Corona, in einem Interview: „Schulden bleiben Schulden und wollen irgendwann zurückbezahlt werden.“